

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

## Türkei: Tageszeitung Özgür Gündem verboten

Am Dienstag wurde die Tageszeitung Özgür Gündem in der Türkei verboten. Das Verbot von Özgür Gündem ist ein neuerlicher Akt der Zensur und Gleichschaltung der Medien. Hatte es die Türkei noch sehr genau mit Presse- und Meinungsfreiheit genommen, sind das seit dem gescheiterten „Putschversuch“ vom 15. Juli und der anschließenden Verhängung des Ausnahmezustands nur noch Fremdworte, die man in der Türkei vergeblich wird suchen können.

Dabei hat Özgür Gündem viele Opfer für die Entwicklung von Demokratie und Pressefreiheit gebracht. In den 90er Jahren fielen Duzende ihrer JournalistInnen und MitarbeiterInnen dem Staatsterror und extralegalen Hinrichtungen zum Opfer. Ihre Zentrale in Istanbul wurde sogar Ziel eines Bombenattentats. Seit dem 7. Juni dieses Jahres wird sie mit Ermittlungsverfahren überhäuft. Aus Solidarität mit der Zeitung wurde daraufhin die Kampagne „Einen Tag lang Bereitschaftsdienst als Chefredakteur“ ins Leben gerufen. AkademikerInnen, JournalistInnen, RedakteurInnen stellten sich einen Tag lang der Zeitung als ChefredakteurIn zur Verfügung. Doch selbst diese bekamen die Verfolgung der Zeitung durch das Regime zu spüren. Drei an der Kampagne beteiligte, die Akademikerin Şebnem Korur Fincancı, der Journalist Erol Önderoğlu und der Schriftsteller Ahmet Nesin wurden inhaftiert und erst nach weltweiten Protesten Tage später wieder aus der Haft entlassen. Der Journalist Celal Başlangıç kommentierte das jetzige Verbot: „Zuerst haben sie alle Zeitungen, Fernsehkanäle und Verlage die sie der Nähe zu Gülen bezichtigten verboten. Ohnehin haben sie immer schon oppositionelle Internetseiten verboten. Dann kam die Reihe an die TIB (Telekommunikationsbehörde). Jetzt kommen sie wieder zurück zu den Kurden und gehen gegen diese vor.“

Mittlerweile wurde eine Solidaritätskampagne unter der Parole „Wache für eine freie Presse“ initiiert. Es werden alle zur Solidarität mit Özgür Gündem aufgefordert, denn die Pressefreiheit kann nicht nur von JournalistInnen verteidigt werden. Sie geht alle an. Es ist nicht nur das Recht der JournalistInnen zu

informieren, sondern auch das Recht des Lesers, sich informieren zu können. Demokratie geht alle an.

Am Dienstag wurde die Zentrale von Özgür Gündem in Istanbul von Polizei und Sonderpolizeinheiten durchsucht. Mitarbeiter von Özgür Gündem, darunter auch der Herausgeber Zana Kaya, aber auch JournalistInnen anderer Presseagenturen und Fernsehsender, die sich zu dem Zeitpunkt im Gebäude aufhielten, wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich Günay Aslan, Reyhan Hacıoğlu, Ender Öndeş, Doğan Güzel, Ersin Çaksu, Kemal Bozkurt, Sinan Balık, Önder Elaldı, Davut Uçar, Zana Kaya, Fırat Yeşilçınar, Mesut Karnak (imc TV-Journalistin) und Gökhan Çetin (imc TV-Kameramann).

### Aufruf zur Solidarität von 4 Zeitungen für Özgür Gündem

Reaktionen zur Schließung von Özgür Gündem halten weiter an. Die Zeitungen Cumhuriyet, Evrensel, BirGün und Yurt zeigten sich solidarisch und reagierten auf die Zwangsschließung mit einem Aufruf zur Solidarität.

Chefredakteurin der Zeitung Yurt, Sibel Köklü:

„JournalistInnen machen Nachrichten, die im öffentlichem Interesse sind. In einer Demokratie sind die Medien die vierte Macht. Aber die Türkei hat begonnen, diese Freiheit zu verlieren und die Regierung gibt jetzt den Rahmen vor, in dem Journalismus betrieben werden soll. Aber Journalismus ist kein Verbrechen. Mit der Verhaftung von JournalistInnen und die Schließung von Zeitungen sind die Probleme nicht gelöst. Meinungen können auf diese Weise nicht vernichtet werden.“

Köklü unterstrich, dass alle JournalistInnen Solidarität zur Schließung von Özgür Gündem und die Razzien bei JournalistInnen zeigen und ihre Stimme erheben müssten: „In solchen Fällen müssen JournalistInnen Seite an Seite stehen.“

### Polat: Die Kinder von APE MUSA sind stabil

Der Chefredakteur von Evrensel, Fatih Polat, sagte, das Erlebte der letzten Phase erinnert sehr stark an die Ruhe vor dem Sturm.

Polat führt weiter aus: „Stadtträte der Partei der Demokratischen Regionen DBP mit Treuhänder zu besetzen, die Verhaftung von DBP- und HDP-AktivistInnen, die Bedrohung durch Inhaftierung von HDP-Abgeordneten, die Schließung von Özgür Gündem, sind Entwicklungen, die sich ergänzen.“

Doch trotz alle dem sagen die Kinder von Ape Musa nach solch einem schweren Putsch, ‚Wir werden uns nicht beugen‘. Diejenigen, die diese Haltung unter dem Druck der Manschette führen, scheinen erwiesenermaßen viel robuster zu sein. Der Tag an dem Seite an Seite gestanden wird ist da, es ist Zeit, Schulter an Schulter zu stehen.“ Er ruft alle JournalistInnen zur Solidarität auf.

### Engin: Wir müssen noch näher Seite an Seite stehen

Der Chefredakteur von Cumhuriyet, Aydın Engin:

„Wir bewegen uns in eine Richtung, in der alle Oppositionsmedien zum Schweigen gebracht werden sollen. Meiner Meinung nach, ist die gesetzte Priorität für Özgür Gündem kein Zufall. Die AKP-Regierung begräbt den Cemaat (Gülenbewegung). Offensichtlich wird er sich jetzt wieder der kurdischen politischen Bewegung zuwenden. Dass die HDPlern von jeder parlamentarischen Arbeit ausgeschlossen werden, ist Beweis genug. Türkische Nationalisten, eine Militäralianz mit den Nationalisten, oder sogar eine Koalition aus Beiden, sind andere Beweise. Wir müssen uns auf Schwierige, sehr schwierige Tage befassen machen. Gegen weitere Repressionen müssen wir viel näher Seite an Seite stehen.“

### Varlı: Nationalistische Versöhnung der Faschisten!

Der BirGün-Chefredakteur İbrahim Varlı ergänzt, die Schließung von Özgür Gündem sei das Ergebnis der „Nationalistischen Versöhnung der Faschisten!“

Varlı: „Gegen die nationalistiche Versöhnung der Faschisten heute Widerstand zu leisten ist die Aufgabe von linken-Sozialisten und die Pflicht aller Oppositionellen. In dem Verständnis ist es Pflicht Solidarität mit Özgür Gündem zu zeigen.“

(ANF, 16./17.8., ISKU)

### Meldungen:

#### Elaziz: Autobombe zerstört Polizeipräsidium

Auf das Polizeipräsidium von Elaziz (Elazığ) wurde ein Anschlag verübt. Das Polizeipräsidium befindet sich 6 km vom Stadtzentrum entfernt. Am Donnerstag um 9.30 Uhr explodierte eine Autobombe im Vorhof des Polizeipräsidiums. Sie riss ein zwei Meter tiefes Loch in den Boden, zerstörte geparkte Fahrzeuge und das Gebäude des Polizeipräsidiums. Bei dem Anschlag wurden drei Polizisten getötet, etwa 170 Menschen wurden verletzt, darunter 14 schwer.

(ANF, 18.8., ISKU)

#### Mitglied des HPG-Presseszentrums bei Einsatz getötet

Das Presseszentrum der Volksverteidigungskräfte HPG-BIM gibt den Tod eines seiner Mitarbeiter bekannt. Arhat Ba hat während eines Einsatzes für die HPG-BIM sein Leben verloren. Arhat Ba, mit bürgerlichem Namen Şakir Ek, wurde in Amed geboren und wuchs dort auch auf. Er studierte an der Universität Hacettepe Philosophie. In dieser Zeit lernte er die kurdische Befreiungsbewegung kennen. 2012 schloss er sich der Guerilla an. Ab 2015 arbeitete er beim HPG-BIM. Nach einer Schulung auf der Presseschule Şehit Deniz Fırat ging er an die Front und war Kriegsberichterstatler. Er berichtete sowohl von den Kämpfen als auch vom Leben hinter den Linien. Die Aufnahmen vom Abschuss eines Kampfhubschraubers am 13. Mai dieses Jahres in Celê (Çukurca) in der Provinz Cölemêrg (Hakkari) stammten von ihm. Seine letzten Aufnahmen machte er von zwei Aktionen am 10. August in Qilaban (Uludere) in der Provinz Şırnex (Şırnak). Die Aufnahmen zeigen einen Angriff auf einen Militärkonvoi auf der 2. Habur Straße, eine weitere Aufnahme zeigt einen Angriff auf die Tepê-Yekmal-Kaserne. Im Anschluss verlieren drei an den Aktionen Beteiligte ihr Leben. Einer von ihnen ist Arhat Ba.

(ANF, 18.8.2016, ISKU)

#### Rojava: Der Internationalist William Savage erlag seinen schweren Verletzungen

Am 10. August 2016 hat ein weiterer Internationalist in Rojava sein Leben verloren. Der Amerikaner William Savage aus Maryland hatte sich Anfang 2015 der YPG angeschlossen. Dort trug er den Namen Amed Kobanê. Ihm lag vor allem das gemeinsame Leben und die gemeinsame Ver-

# Hesekê: Schwere Gefechte mit dem syrischen Regime

In der Nacht zum Donnerstag griffen regimenahe Paramilitärische Kräfte (Difa Al Wetani) eine Tankstelle in Hesekê, die Verbindungsstraße zu Qamişlo, sowie einen Kontrollpunkt der Asayiş (Öffentliche Sicherheitskräfte) nahe der Aşurî-Kirche im Stadtteil Al-Mesekê an. In Folge dessen brachen schwere Gefechte mit Asayiş-Kräften aus. Die Auseinandersetzungen weiteten sich schnell auf andere Stadtteile, den zentralen Marktplatz, sowie das Postamt aus.

Bereits am 16. August kam es zu Kämpfen, nachdem Regime-Kräfte das Asayiş Hauptquartier am zentralen Marktplatz angriffen. Die Gefechte endeten erst vergangene Nacht, nachdem ver-

schiedene lokale Persönlichkeiten einen Waffenstillstand verhandelten.

Im Verlauf des frühen Nachmittags begann das syrische Regime verschiedene bewohnte Bereiche, darunter auch die Stadtteile Kelaşê, Miffî, Til Hecer, Mesakin, Sinaa, Sinalko und El-Nasra mit Kampffjets zu bombardieren. In den betroffenen Stadtteilen befinden sich neben tausenden ZivilistInnen auch Quartiere der Asayiş, sowie ein BesucherInnenzentrum der YPG/YPJ.

Im Verlauf der ausweitenden Gefechte sind seit dem frühen Nachmittag nun auch Einheiten der YPG und YPJ an den Kämpfen beteiligt. An den aktuellen Gefechten sind neben den

Asayiş, der YPG/YPJ, auch MilizionärInnen der Verteidigungskräfte der Kommunen (HPÇ) beteiligt.

Aktuell nehmen die Gefechte an Intensität zu, auch die Bombardierungen des syrischen Regimes dauern weiter an.

Redur Xelil, offizieller Sprecher der YPG erklärte in einer Stellungnahme, dass die Kräfte des syrischen Regimes die Stadt wahllos bombardieren und dabei mit schweren Waffen gegen die Stadtteile vorgehen. Die Behauptung, das Regime hätte einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen, ist eine Lüge regimetreuer Kräfte, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

(ANF, 18.8., ISKU)

## 24. Internationales kurdisches Kulturfestival für Frieden, Toleranz und Demokratie

# Verfassungsschutz erwirkt de facto Veranstaltungsverbot

Am 3. September sollte im RheinEnergie Stadion Köln das 24. Internationale Kurdische Kulturfestival stattfinden. Veranstalter des Festivals ist das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Deutschland (NAV-DEM) e.V., welches mit über 200 Mitgliedsvereinen zu den größten Dachverbänden von Migrantenorganisationen zählt.

Nun erfuhren wir, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie der Innenminister des Landes NRW sowie der Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies Druck auf die Stadionbetreiber ausgeübt haben, damit diese den Veranstaltungsvertrag nicht unterzeichnen.

Der Verfassungsschutz begründet sein Vorgehen u.a. damit, dass NAV-DEM der PKK nahestehe und es angesichts der politischen Lage in der Türkei zu Auseinandersetzungen zwischen Besucher\*innen des Festivals und nationalistischen Türken kommen würde. Der Betreiber des Stadions erklärte zunächst in einer Pressemitteilung, dass es sich bei NAV-DEM um einen eingetragenen Verein handle, der „sich mit seinen Tätigkeiten am Meinungsbildungsprozess der deutschen demokratischen Gesellschaft beteiligt“ – eine Aussage, die das zentrale Anliegen unserer Organisation erfasst. Am heutigen Tage jedoch erteilte der Stadionvermieter dem Veranstalter eine Absage.

Diese durch den Verfassungsschutz erwirkte Entscheidung stärkt in Anbetracht der aktuellen Ereignisse in der Türkei das

despotische Vorgehen des AKP-Regimes nach dem gescheiterten Putschversuch. Eine politische Konnotation hierbei steht außer Frage. Zehntausende türkische Nationalisten konnten Ende Juli ungehindert in Köln aufmarschieren, sich mit einer Diktatur solidarisieren und gegen die deutsche Politik wettern. Zehntausenden Kurd\*innen wird nun untersagt, ein Festival für Frieden, Freiheit und Demokratie zu feiern.

Ihre Organisationen werden immer wieder einem pauschalen Terrorverdacht ausgesetzt. Dabei bemühen wir uns als Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd\*innen in Deutschland seit Jahren gemäß unserem Verständnis von einer demokratischen, gerechten und friedlichen Gesellschaft um eine politische Lösungsperspektive für die kurdische Frage, der mit dem Abbruch des Friedensprozesses durch den türkischen Staatspräsidenten Erdogan und der verhängten Totalisolation von Abdullah Öcalan ein schwerer Schlag versetzt wurde. In einer Zeit, in der uns täglich neue erschreckende Nachrichten aus der Türkei über Verhaftungen, Entlassungen, Verbote von Medien und Vereinen sowie Zwangsverwaltungen für Kommunen erreichen, gilt es, den Kampf für Menschenrechte und Demokratie zu fördern und nicht zu verbieten.

Vor dem Hintergrund der jüngst durch eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ans Tageslicht gekommenen Einschätzung des Bundesinnenministeriums, dass sich die Türkei seit 2011

schrittweise „zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens“ entwickelt habe, erachten wir die Haltung des Innenministers und des Verfassungsschutzes für äußerst gefährlich. Diese islamistischen Gruppen stellen nicht nur eine regionale, sondern, wie die Anschläge in Europa beweisen, auch eine globale Bedrohung dar. Spätestens jetzt ist ein umgehender Politikwechsel erforderlich. Eine Diktatur darf kein Partner für Deutschland sein.

Die Bundesrepublik ist aufgefordert, die demokratischen Kräfte, so auch die Kurd\*innen, zentraler Akteur im Kampf gegen islamistischen Terror, und ihre Bestrebungen zu unterstützen. Hierzu gehört auch die Achtung vor der Versammlungsfreiheit im Rahmen des 24. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals. Schließlich steht diese Veranstaltung mit seinem breit gefächerten kulturpolitischen Programm von Anbeginn an im Zeichen eines toleranteren Miteinanders – unerlässlich in Zeiten erstarkender Rechtspopulisten, die auf deutschen Straßen ungehindert Flüchtlingshetze betreiben. Das macht es zwingend notwendig, ein Zeichen zu setzen für Toleranz, Demokratie und Frieden. Dafür stehen wir, dafür steht unser Festival.

Deshalb werden wir juristische Schritte einleiten, damit unser Recht auf Veranstaltungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet wird.

NAV-DEM, Düsseldorf,  
18.8.2016

antwortung am Herzen, heißt es in der Erklärung der YPG. Deshalb habe es ihn auch an die vorderste Front gezogen. Zuletzt nahm William Savage an der Offensive zur Befreiung von Minbic teil. Er wurde am 10. August bei den Kämpfen im Zentrum der Stadt schwer verletzt. Alle Bemühungen sein Leben zu retten blieben erfolglos.  
(ANF, 17.8., ISKU)

## Südkurdistan: Journalist getötet aufgefunden

Ein kurdischer Journalist wurde in Dohuk ermordet. Bei dem Journalisten handelt es sich um Vedat Hisên Eli. Vedat Hisên Eli begann vor zwei Monaten für die Nachrichtenagentur RojNews zu arbeiten. Vor einigen Tagen wurde er von den Sicherheitskräften in Dohuk mehrfach unter Druck gesetzt und aufgefordert die Stadt zu verlassen. Am letzten Donnerstag wurde er Tot auf der Straße Sêmêlê gefunden, sein Leichnam besaß deutliche Spuren von Folter. Vedat Hisên Eli wurde 1988 in Colemêrg (Hakkari) im zum Landkreis Gever (Yüksekova) gehörenden Dorf Alakan geboren. Nach dem seine Familie 1991 auswanderte und nach Dohuk zog, wuchs Vedat Hisên Eli in der Stadt auf. Eine Zeit lang war Vedat Hisên Eli in der Jugendbewegung aktiv, seit 2 Monaten war er Journalist bei der Nachrichtenagentur RojNews.

(ANF, 14.8., ISKU)

## 83-jährige Friedensmutter Dilşah Özgen verhaftet

In der Türkei wurde die 83-jährige Friedensmutter Dilşah Özgen verhaftet. Sie ist Mitglied des Rates der Friedensmütter in Amed (Diyarbakir). Zuvor wurde ein Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. Als sie der Vorladung folgte, wurde sie in Untersuchungshaft genommen. Sie soll für den Märtyrerfriedhof in Licê, auf dem auch ihr Sohn Ferdi Özgen (Amed) beerdigt ist, Container spendet haben, damit BesucherInnen des Friedhofs, die dort das Gebet für ihre gefallenen Angehörigen sprechen, Unterstand finden können.  
(ANF, 12.8., ISKU)

## Quellen:

ANF Firat  
Nachrichtenagentur

## N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org